

BLICKPUNKT

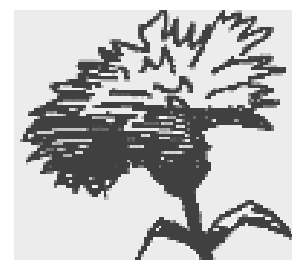
DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Aufruf der DKP zum 1. Mai 2013

1. Mai 2013

Unsere Antwort: Solidarität!



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Heraus zum 1. Mai! Der Slogan mag altbacken klingen, er ist aber hochaktuell und dringend für unsere Zukunft, für die Zukunft der Kolleginnen und Kollegen, nicht nur in Deutschland und Europa.

Im Verhältnis zur immensen Produktivität ist Deutschland ein Niedriglohland. Daran haben auch die Tarifrunden der letzten Jahre nichts geändert. Die Gewerkschaften haben 2012 Lohnerhöhungen in Höhe von 2,7 Prozent für rund neun Millionen Beschäftigte durchgesetzt. Nach Abzug der Inflationsrate ist das eine Nullrunde, die mit Umverteilung von oben nach unten nichts zu tun hat. Die ist aber nötig! Schon heute kann ein Drittel der Beschäftigten, darunter Teilzeiter, Leiharbeiter, Geringfügig Beschäftigte und sogenannte Aufstocker, von ihrem Lohn allein nicht leben.

Die Umverteilung von oben nach unten ist auch nötig, weil unsere Niedriglöhne die Kolleginnen und Kollegen in Zypern, Portugal, Griechenland, Italien und Spanien treffen. Sie ermöglichen es, diese Länder noch tiefer in die Schuldenfalle zu treiben. Unsere Antwort heißt Solidarität!

Die Unternehmer und deren Politiker predigen Verzicht. Dadurch würden Arbeitsplätze sicherer und Standorte gerettet. Nokia und Schlecker zeigen: Das ist eine Lüge. Vor allem bei Opel ist jüngst sichtbar geworden, wie

Standorte gegeneinander ausgespielt werden. Wer sich darauf einlässt, lässt die Anderen und auch sich selbst im Stich. Ob in Bochum, Rüsselsheim oder Kaiserslautern: Unsere Antwort heißt Solidarität.

Wir müssen uns wehren, weil Unternehmer und ihre Parteien die nächsten Angriffe vorbereiten. Sie loben die Agenda 2010, die uns Hartz IV gebracht hat, und planen die Agenda 2020. Sie haben uns mit der Rente mit 67 betrogen und planen die Rente mit 70.

Wir müssen uns wehren, weil die BRD im Verbund mit der NATO den

Krieg in Syrien durch völkerrechtswidrige Einmischung von außen mit Geld und Waffen anheizt, um sich den Zugang zu Rohstoffen und Märkten zu sichern. Unsere Antwort ist: Hände weg von Syrien! Rüstungsexporte stoppen! Abzug aller Bundeswehrsoldaten weltweit!

Deshalb sagen wir: Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um diese Schweinereien abzuwehren und für unsere Interessen zu kämpfen. Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um über die Ursachen dieser Zustände zu diskutieren. Wir, die Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei, sagen: Wer von der Krise spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen.

Eine Welt ohne Kapitalismus, das ist der Sozialismus, eine Gesellschaft, in der die Macht der Konzerne und Banken ersetzt wird durch die politische Macht der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten der Bevölkerung. Eine Gesellschaft, die die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel, von Grund und Boden herbeiführen wird. Erst dadurch wird die Möglichkeit geschaffen werden, der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zu entgehen.

Auch dafür demonstrieren wir am 1. Mai!



Lahmer Wahlkampf in Flensburg

Wer nicht wählt – wählt immer die Falschen

Es ist wieder soweit. Am 26. Mai 2013 finden in Schleswig-Holstein die Kommunalwahlen statt. In Flensburg bewerben sich die Parteien CDU, SPD, FDP und DIE LINKE, sowie der SSW und die Wählergemeinschaften „Wir in Flensburg“ und „Flensburg wählen“ für die nächste Wahlperiode um die Mandate im Rathaus.

Nur sehr gemächlich kommt der Wahlkampf in Flensburg in Gang. Zuerst klebten die Plakate der Wählervereinigung WIF mit den alt bekannten Klassikern an den Litfaßsäulen: Campusbad und Harniskai. Aufreger, die die bürgerliche Presse immer mal wieder am Wickel hat. Dann veranstaltet eine nach der anderen Partei Jubel-Parteitage mit langem Applaus und stehenden Ovationen. Bei den Parteitagen geht es bekanntermaßen weniger um Themen, sondern mehr um Personen: wer in welchem Wahlkreis um Stimmen wirbt. Nach dem Erdrutsch-Sieg der WIF im Jahr 2008, die es mit nur einer einzigen Forderung und zwar der Ablehnung eines Hotelneubaus an der Ostseite des Hafens aus dem Stand zur stärksten Fraktion brachte, setzen alle Flensburger Parteien inzwischen auch auf solche Themen. Dabei gibt es echte Renner-Themen: allen voran die Fragen nach dem Standort für das angeblich so notwendige Vier-Sterne-Hotel oder die Zukunft des Wirtschaftshafens. Ob bei CDU oder SPD; meistens dominieren Forderungen, die

im Kern nichts mit der Lebensrealität der meisten Flensburgerinnen und Flensburger zu tun haben. Denen ist es nämlich egal, wo ein Hotel entsteht und wo das nächste Parkhaus platziert wird. Es ist wie beim Tritt in die Hinterlassenschaft eines Hundes: sehr ärgerlich, aber nicht so, dass es das Leben beeinflusst. Wohnraumnot, ausbeuterische Leiharbeit oder Benachteiligung in der Schule bestimmen dagegen das Leben von immer mehr Menschen an der Förde. Dazu gehören Rentner, denen nach 40 Beitragsjahren nach Abzug von Miete und Nebenkosten oftmals nur ein paar Euro am Tag fürs Leben bleiben. Viele von ihnen halten sich mit 450-Euro-Jobs über Wasser, tragen Zeitungen aus oder hausmeistern hier und da. Kein Wort über sie und ihre Lebenssituation im Wahlkampf.

Integrationsprobleme in der Stadt und soziale Ausgrenzung sind weitere Nicht-Themen; also Probleme, die man auf keinem Wahlkampfplakat findet. Nicht einmal die steigenden Nebenkosten für Strom und Wasser, die das Budget armer Haushalte für Essen und Medikamente weiter einschränken, schaffen es in den Wahlkampf.

So ein Wahlkampf ist ein Wahlkampf der Wenigen, die ihre Schandfleck-Politik über Blickachsen, Bauruinen und Parkplätze gnadenlos durch deklarieren, aber soziale Fragen außen vor lassen. Kein Wunder, dass die Wahl-

beteiligung angesichts dieser Diskrepanz sinkt. Nur 40 % der Flensburgerinnen und Flensburger haben vor fünf Jahren ihre Stimme abgegeben. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass sich die restlichen 60% weder von den Personen noch den Themen angesprochen fühlen. Offensichtlich findet sich die Mehrheit nicht wieder in dieser Art Kommunalpolitik. Oder meint, dass ihre Stimmabgabe überhaupt nichts bewirkt, weil gar keine Alternativen bestehen. Sie haben für sich entschieden: dafür lohnt kein Aufwand.

Die Wahlbeteiligung wird weiter sinken, so dass noch weniger Stimmen das Geschick der Stadt bestimmen. Bestimmen über Gebühren der Bibliothek, über Privatisierungsbestrebungen, Rückbau freiwilliger Leistungen und dem Engagement der Stadt in der Schulsozialarbeit. Und die Diskussionen weiter gnadenlos an den sozialen Fragen vorbeitreiben.

Bei der Kommunalwahl und ebenso bei Landtags- und Bundestagswahlen können wir als Wähler Parteien und Personen wählen, die uns gefallen, an die wir glauben und mit denen wir übereinstimmen. Die Verhältnisse, in denen wir leben - in Würde und sozialer Gerechtigkeit - können nicht gewählt werden. Sie müssen erkämpft werden!



8. Mai 1945 ° 8. Mai 2013
Tag der Befreiung

Einladung zum gemeinsamen Gedenken auf dem Friedenshügel in Flensburg
 am Mittwoch, den 8. Mai 2013 um 12 Uhr

Zehntausende forderten Umfairteilen

Aktionstag fand in über einhundert Städten statt

Von einem „vollen Erfolg“ spricht das Bündnis „UMfairTEILEN - Reichtum besteuern“ in Auswertung des Aktionstages am 13. April: In bundesweit rund 100 Städten sind Menschen für eine stärkere Besteuerung von Reichtum, gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau auf die Straße gegangen. „Das sind mehr als doppelt so viele Orte wie beim ersten Aktionstag 2012“, stellt das Bündnis fest. Im gesamten Bundesgebiet gab es Menschenketten, Straßentheater, kritische Stadtrundgänge, Umfairteilen- Gottesdienste und Open-Air-Konzerte, bis hin zu Unterschriftenaktionen und Demonstrationen.

Das Bündnis bilanzierte am 13. April: „Die Bewegung gewinnt fantastisch an Fahrt; die Politik kann die Augen vor der Verteilungsfrage nicht mehr verschließen. Der Aktionstag ist ein wichtiger Auftakt für weitere Proteste. Denn die Vermögenskonzentration in Deutschland ist nicht nur ungerecht, sie ist obszön. In ganz Europa spitzt sich die Lage zu, die wachsende soziale Ungerechtigkeit brennt den Menschen auf den Nägeln. Deswegen haben heute tausende Menschen in ganz Deutschland eine neue Solidarität eingefordert.“ Die Forderungen bleiben: „Die Reichen und Superreichen müssen endlich in die Pflicht genommen werden, um Investitionen in mehr Bildung und Soziales, Pflege und Gesundheit, in bessere öffentliche Infrastruktur, sozialen Wohnungsbau und die Energiewende zu ermöglichen. Und wir brauchen dringend neue Spielräume für Schuldenabbau und internationale Armutsbekämpfung. Dafür braucht es endlich eine dauerhafte Vermögenssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe und den konsequenten Kampf gegen Steuerbetrug und Steueroasen!“

Auftakt in München

In München gab es bereits am Freitag den Auftakt für den bundesweiten Aktionstag UMfairTEILEN. Um 5 vor 12 fanden sich am Platz vor der Oper Flash-Mob-Aktivist*innen ein und forderten

auf Transparenzen, Flugblättern und in Sprechchören: „Höchste Zeit zum Umfairteilen. Reichtum muss besteuert werden. Eine Vermögensabgabe ist fällig. Und zwar möglichst europaweit.“ Ein Millionär der „zufällig“ mit einer Rikschas vorbeikam, und dem die großen Geldscheine aus allen Taschen quoll, verdeutlichte das Anliegen: es muss umverteilt werden, damit die notwendigen Ausgaben für Bildung und Soziales, Pflege und Gesundheit, bessere öffentliche Infrastruktur, sozialen

gegen die Mehrheit der Bevölkerung weiter radikalisiert und institutionalisiert. Diese Politik wird die Krise jedoch nicht beenden, sie wird sie vertiefen und noch mehr Arbeitslosigkeit und Armut verursachen. Der Anteil des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums, der in die Taschen und auf die Konten der Banken und Konzerne fließt, wird sich weiter erhöhen.

Doch bei unseren Forderungen zum Umverteilen dürfen wir nicht bei der



Wohnungsbau und die Energiewende gesichert werden können. Der Gegensatz zwischen privatem Reichtum für eine winzige Schicht der Super-Reichen und der öffentlichen Armut hat ein Ausmaß erreicht, das nicht mehr hingenommen werden kann.

Am Nachmittag brachte die Attac-Gruppe München das Thema in ein Wohnviertel: Am Rotkreuz-Platz wurden bei einem Infostand die Flyer des Bündnisses verteilt und Unterschriften unter den Aufruf gesammelt.

Aktionszug auch in Kiel

In Kiel startete ein Aktionszug im sozial arg gebeutelten Stadtteil Gaarden und führte über eine Zwischenkundgebung am Bahnhofsvorplatz ins Zentrum der Shopping-Meile der Stadt. In dem bunten Aktionszug wurde mit Straßentheater, Trommeln, einer Großpuppe und kurzen Statements auf die Notwendigkeit des UMfairTEILENS hingewiesen.

In ihrer Rede auf der Abschlusskundgebung führte Bettina Jürgensen (DKP) u.a. aus: „Die CDU/FDP-Regierung der BRD setzt die von SPD und Grünen begonnene Politik der Agenda 2010 fort und sie setzt sich dafür ein, dass diese Politik auf der europäischen Bühne weitergeführt wird. Mit dem „Fiskalpakt“ der EU wird die Politik

Steuerpolitik stehen bleiben. Die Weichen zum Erhalt und Ausbau der Macht der Reichen wurden bereits gestellt. Nicht nur in unserem Land, sondern überall in EU-Europa und darüber hinaus werden im Gleichklang mit den sozialen Rechten auch parlamentarische und demokratische Rechte abgebaut.

Wir sehen in Griechenland, Spanien, Italien, Zypern und in anderen Ländern was geschieht, wenn die Macht der Banken, Finanzinvestoren, Ratingagenturen und Konzerne regieren:

Diese Macht bringt nicht „nur“ wirtschaftliche Abhängigkeit, Arbeitslosigkeit und die Schließung von Betrieben, - sie verursacht, wie wir es in Griechenland sehen - humanitäre Katastrophen. „Und in Kiel erleben wir hautnah den Widerspruch zwischen knappen Kassen für kommunale Ausgaben und den horrenden Beträgen, die für Rüstungspolitik und Waffenschmiede zur Verfügung gestellt werden.“

Unsere Forderung ist: Stoppt Rüstung und Kriegspolitik und steckt das Geld in Bildung, Kultur und Freizeiteinrichtungen! Lasst uns noch mehr Menschen überzeugen, dass sich Kämpfen lohnt und dass es erfolgreich sein kann, wenn wir an einem Strang ziehen und Widerstand entwickeln!

Zu bestellen bei: ComPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Fax: 0201 24 86 484, www.unsere-zeit.de

Armut und Ungleichheit

Eine nie dagewesene Arbeitslosenquote von 26% der aktiven Bevölkerung lässt die Einkommensschere in Spanien immer weiter auseinanderklaffen

14.04.2013 - Spanien - Madrid - Die Krise und die Arbeitslosigkeit haben die mittleren Einkommen drastisch sinken lassen und die unteren Klassen in die Verarmung getrieben. Mittlerweile leben elf Millionen Spanier unterhalb der Armutsgrenze, wie die Caritas in ihrem jüngst veröffentlichten Bericht „Foessa“ darlegt. Das bedeutet, sie müssen von weniger als 60% des Durchschnittseinkommens leben. Im Fall eines alleinlebenden Erwachsenen entspricht dies 7.300 Euro jährlich. Die Zementierung der Ungleichheit bringt eine immer größere Distanz zwischen die wohlhabenden Schichten und die restliche Bevölkerung und bewirkt sowohl große Unterschiede bei den Gehältern als auch bei der Lebenserwartung und den Zukunftsaussichten. Die überregionale Tageszeitung „El País“ zitiert die Einschätzung verschiedener Experten zu den Konsequenzen der fortschreitenden Armut und Einkommensungleichheit.

Der Soziologieprofessor an der Universität Valencia, Antonio Ariño, spricht in diesem Zusammenhang von wirtschaftlichen Brüchen, die an allen Fronten, die sie betreffen, als Multiplikatoren wirken. Dies beginne mit den Einkommen, weite sich jedoch auf das Gesundheitswesen aus, wo der Unterschied in der Versorgung zwischen denen, die sich eine zusätzliche private Versicherung leisten können und denen, die dazu nicht in der Lage sind, immer größer wird. Aber auch Bildung, Kultur und Rentenansprüche seien von der neuen Dualität im öffentlichen

und privaten Leben betroffen. Dies wirke sich auf alle Lebensbereiche aus: über die öffentliche Sicherheit bis hin zum Glücksempfinden, die allenthalben herrschende Verunsicherung sei auch am steigenden Konsum von Beruhigungsmitteln abzulesen.

Für Alfonso Novales, Professor für Quantitative Ökonomie an der Universität in Madrid, ist das Auseinanderbrechen der Gesellschaft ein klares Hindernis für das Wachstum eines Landes. Nach seinen Erkenntnissen wachsen Länder mit sehr ungleich verteiltem Wohlstand unter den gleichen äußeren Bedingungen langsamer. Gleichzeitig verringere sich ihre Kapazität, mit dem erzielten Wachstum die Armut zu reduzieren. Diese Schlussfolgerungen basieren auf Studien der sozioökonomischen Strukturen von Entwicklungsländern, lassen sich nach dem Urteil von Novales jedoch auch auf die Situation Spaniens übertragen. Die Studien ergaben, dass es den Ländern, in denen die Schere am wenigsten auseinandergeht, sogar mit geringem Wachstum gelang, die Armut zu reduzieren, während andere Länder mit großer Ungleichheit auch bei weit höherem Wachstum kaum Verbesserungen erzielten.

Dies bestätigt auch der Wirtschafts- und Sozialrat (CES) in seinem Bericht über die Einkommenssituation in Spanien. Während die wirtschaftliche Entwicklung in den 80er Jahren mit einer Verringerung von Elend und Ungleichheit einherging, kam dieser Prozess

während des Wirtschaftswachstums in den Jahren 1995 bis 2007 zum Stillstand. In den darauffolgenden Krisen Jahren ist die Ungleichheit intensiv angestiegen. Seit 2007 ist der Einkommensunterschied zwischen den reichsten 20% und den ärmsten 20% der Bevölkerung um 30% angewachsen.

Die Mehrheit der spanischen Bevölkerung wird aufgrund von Arbeitslosigkeit, sinkenden Löhnen und Einschnitten bei den Sozialleistungen immer ärmer. In 380.000 Haushalten, 10% der Gesamtzahl, sind alle Mitglieder ohne Arbeit.

Gustavo García Herrero, Direktor des Obdachlosenheims von Zaragoza, ist besorgt über das Fehlen von Perspektiven. „Meine Organisation versucht die Menschen durch Ausbildung und andere Maßnahmen zu motivieren und sie wieder zu integrieren, doch mit jeder wirtschaftlichen Hiobsbotschaft rücken die Chancen, der Verelendung zu entkommen, weiter in die Ferne.“

(Aus: Wochenblatt - Zeitung der Kanarischen Inseln Nr. 180 v. 10. 4. 2013)

TERMINE

Mitgliederversammlung

z Donnerstag, 16. Mai, 19 Uhr
z Donnerstag, 20. Juni, 19 Uhr
z Donnerstag, 18. Juli, 19 Uhr
im Restaurant FEUERSTEIN,
Norderstraße 98, Flensburg

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
Mail: dkp.flensburg@versanet.de

Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Preis: 0,40 € (1 € incl. Versandkosten)

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:
beim AStA der UNIVERSITÄT
OSSIEZKY-BUCHHANDLUNG
VOLKSBAD | HAFERMARKT
KAFFEEHAUS | VIVA
GRISOU | CAFÉ CENTRAL
PORTICUS | FEUERSTEIN
TABLEAU-KULTURCAFÉ

Spenden können überwiesen werden
auf das Konto 38551208 bei der
Postbank Hamburg, (BLZ 20010020),
Verwendungszweck: Blickpunkt

SDAJ Info: Es ist wieder so weit, 2013 erwarten euch die vier regionalen Pfingstcamps der SDAJ. Das Pfingstcamp Nord richtet sich an Jugendliche aus Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Auf dem politischen Programm stehen unter anderem Runden zu Cuba und kämpferischer Arbeiterjugendpolitik, außerdem Hamburger Fünfkampf, Sport- und Kulturprogramm und natürlich Feiern bis zum Aufgang der Sonne! Kommt vorbei und genießt eine Mischung aus Politik, Party und Strandurlaub mit Freunden und Gleichgesinnten.

SDAJ Pfingstcamp Nord, Pfingstwochenende
vom 17. bis 20. Mai 2013 in Kiel am Falkensteiner Strand
nord.sdaj-pfingstcamp.de

